Midlum auf Föhr, 30. August 2013

Pressemitteilung

Viel „Heiße Luft“ und wenig konkrete Aussagen

Die Antworten der Fraktionen des Bundestages auf die „Wahlprüfsteine“ der Insel- und Halligkonferenz bringen kaum neue Erkenntnisse

Im Vorfeld der Bundestagswahl hatte die Insel- und Halligkonferenz alle Fraktionen des Deutschen Bundestages gebeten, zu aktuellen Fragen der Insel- und Halligwelt Stellung zu beziehen. Die IHKo erwartet zu ihren Kernthemen Auskunft über die politischen Standpunkte der Fraktionen und mögliche Hilfestellungen dazu:

- Nationale Küstenwache/ Sicherheit der Seeschifffahrt,
- Klimaschutz und nachhaltige Energieversorgung,
- CO_2 Endlagerung und Fracking,
- Daseinsvorsorge und Mobilität.

Zum Thema **„Nationale Küstenwache/ Sicherheit der Seeschifffahrt“** gibt es eine 100%ige Einigkeit bei den Standpunkten der IHKo mit denen der FDP und der Piraten. Die GRÜNEN sehen eine Nationale Küstenwache als zielführend, fordern aber auch ein „Nationales Sicherheitskonzept“ unter Einbezug der dänischen Seite. Die LINKE möchte die Probleme über die europäische Ebene lösen.
Die SPD ist zufrieden mit dem „Sicherheitskonzept Deutsche Küste“ und die CDU fordert erneut einen Zusammenschluss der „seegehenden Überwachungskräfte“. Diese Forderung der CDU war bereits Gegenstand des letzten Koalitionsvertrages und ist an den Einsprüchen der zuständigen Bundesministerien gescheitert.
„Fazit ist,“ so Jürgen Jungclaus, Vorsitzender der IHKo, „die Politik kann hier nur eine Änderung zu Gunsten der IHKo Forderungen einleiten, wenn es ihr gelingt Einfluss auf die Ministerien zu gewinnen oder wenn ein „Kanzlermachtwort“ erreicht wird. Bis dafür eine Lösung gefunden ist, müssen die Küstenbewohner weiter mit der (steigenden) Unsicherheit der Sicherung der Küste leben.“

Für die Fragestellungen „**Klimaschutz und Nachhaltige Energieversorgung in der Region Uthlande“** gibt es eine umfassende Übereinstimmung mit den IHKo Forderungen der Zielsetzungen des Netzausbaus, der Elektromobilität und der Anpassung an den Klimawandel. Praktische Hinweise für die Umsetzung dieser Zielsetzungen sind allerdings Mangelware. „Wenn die Elektromobilität auf den Inseln und Halligen positiv gesehen wird, bringt der Verweis auf bereits laufende Modellprojekte in Deutschland uns nicht unbedingt weiter. Gewünscht war das Aufzeigen zukünftiger Lösungen“, so Jungclaus. Interessant ist der Ansatz der Piraten, in der Energieversorgung der Inseln und Halligen stärker auf dezentrale Lösungen und regionale Eigenlösungen zu bauen. Jedoch auch hier fehlt das Angebot einen Weg dazu zu finden.

Insel- und Halligkonferenz e.V. Mühlenweg 10, D 25938 Midlum auf Föhr, Tel.: +49 4681 3468
eckelt@inselundhalligkonferenz.de, www.inselundhalligkonferenz.de

In der Frage zu **„CO_2 Endlagerung und Fracking“** kommt ein klares „Nein“ von den GRÜNEN, Piraten und Linken, auch um weitere Kohlekraftwerke mit ihren hohen Emissionen zu verhindern. CDU, SPD und FDP verweisen auf die „Länderklauseln“. Auch Schleswig-Holstein kann die Speicherung selbst verhindern – wie jetzt mit dem Gesetzentwurf - jedoch nicht in der Außenwirtschaftszone und z.B. in der Nordsee vor Dänemark. Im Bereich Forschung und Wirtschaft ist für den Einsatz von Fracking kein generelles „Nein“ von CDU, SPD und FDP geäußert worden. „Dies werden wir weiter aufmerksam verfolgen,“ kündigt Jungclaus an. „Wie werden nicht zulassen, das Wirtschaftsinteressen unseren Lebensraum gefährden“.

Zu den Themen „**Daseinsvorsorge und Mobilität“** finden die Forderungen der Insel- und Halligkonferenz zu „Breitbandversorgung für den ländlichen Raum“, „Sichere Verkehrsanbindungen für die Inseln und Halligen“ und „gesicherte schulische Bildung auf den Inseln und Halligen“ breite Unterstützung bei allen Parteien. Nur, wie der Weg dorthin führt und wie die Bundestagfraktionen die Inseln und Halligen unterstützen können, bleibt offen. Liegt die Lösung in der Forderung der GRÜNEN, das Grundgesetz dahin gehend zu ändern, das Kooperationsverbot aufzuheben welches die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern im Bildungsbereich behindert? Ist es die Forderung der SPD, ein abgestimmtes, zielführendes Handeln zwischen Bund, Ländern und Kommunen zu organisieren, um die kommunale Infrastruktur zukunftsfest zu machen?

„Es bleibt spannend zu beobachten“, so Jungclaus, „was nach der Bundestagswahl von den Einlassungen der Parteien in die Umsetzung gelangen wird“. Die Insel- und Halligkonferenz wird dies aufmerksam begleiten.

Die Fragen zu den Wahlprüfsteinen und die Antworten der Fraktionen des Bundestages finden Sie unter www.inselundhalligkonferenz.de/aktuell.

Weitere Informationen:
Jürgen Jungclaus, Tel. 0171 – 3686633
oder
Insel- und Halligkonferenz
Natalie Eckelt, Tel. 0151 – 50670488